

Das Tarifamt der Chemigraphen und Kupferdrucker

erstattete soeben an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft den nachfolgenden Geschäftsbericht für das Jahr 1906:

Wenn von einer so kleinen Organisation, wie der unserigen, über die Tätigkeit derselben und über die Vorkommnisse, die sich im Gebiet derselben im Laufe eines Jahres abgespielt haben, berichtet werden soll, so kann dies nicht geschehen aus dem Gefühl heraus, als handle es sich hier um die Mitteilung grosser, das Gewerbsleben bewegender und interessierender Ereignisse, sondern es kann sich dabei in Wirklichkeit nur um die Erfüllung einer formalen Pflicht handeln, die Zeugnis ablegen soll von dem bescheidenen Schaffen und Ringen einer kleinen Organisation des graphischen Gewerbes auf dem Gebiete des Tarifwesens.

Wie es die Tarife mit ihren gegenseitigen, auf Jahre vereinbarten Pflichten und Rechten bedingen, so könnte man dem Geschäftsbericht voraussetzen, dass in unserer Tarifgemeinschaft auch während des dritten Jahres Ruhe geherrscht hat, das heisst, dass sich beide Tarifkontrahenten mit dem, was ihnen der Tarif an Pflichten und Rechten auferlegt hat, abgefunden und begnügt haben, also mit einem Wort tarifreu geblieben sind. Hieran vermochte der auch im vorigen Jahre im lithographischen Gewerbe herrschende Lohnkampf nichts zu ändern. Obwohl der chemigraphische Beruf nur für das Buchdruckgewerbe produziert, durch Uebernahme etwaiger Arbeiten aus dem lithographischen Gewerbe während der Konfliktzeit, also kaum in Betracht kommen konnte, so sprach doch der Umstand, dass die Chemigraphen und Kupferdrucker dem Senefelder-Bunde als Mitglieder angeschlossen sind, vereinzelt sehr für eine Verwicklung mit der im lithographischen Gewerbe bestehenden Unruhe. Die hierzu sich geltend machenden Ansätze wurden aber, was besonders anzuerkennen ist, von der Leitung des Senefelder-Bundes sofort beseitigt, indem man sich verpflichtet hielt, die auch für einen Teil der Mitglieder vorhandene Tarifvereinbarung unbedingt innezuhalten, und weil obendrein die Aussicht für den Ausgang des Lohnkampfes der Lithographen und Steindruckers nur noch ungünstig hätte beeinflusst werden können, wenn man diesen Teil der Mitglieder ganz unnütz in den Kampf hineingezogen hätte.

Es blieb deshalb in unserem Gewerbe bei der ruhigen Fortarbeit auf tariflichem Gebiete, bei dem Gewinnen neuer Mitglieder für die Tarifgemeinschaft und bei der Durchführung und Innehaltung des im Jahre 1903 beschlossenen Tarifgesetzes. Hierzu gehört auch die Durchführung der ab Januar 1907 von 8 $\frac{1}{2}$ auf 8 $\frac{1}{4}$ Stunden verkürzten Arbeitszeit für die Chemigraphen, wie dies der Tarifausschuss bereits bei Schaffung des Tarifs im Jahre 1903 beschlossen hatte; irgendwelche nennenswerten Schwierigkeiten haben sich bei der nachträglichen Einführung dieses Beschlusses nirgends ergeben.

Bei dem Zusammentritt des Tarifausschusses im Dezember 1906 wurde an die Beratung und Beschlussfassung über eine Frage herangetreten, die der Tarifausschuss bei Festsetzung der tariflichen Lehrlingskala bereits aufgeworfen, und für deren Beantwortung der Ablauf von drei Jahren der Tarifgemeinschaft vorgesehen war; nämlich die Veränderung der Verhältniszahl der Photographenlehrlinge zu den Gehilfen. Die zu diesem Zwecke im November 1906 aufgenommene Statistik führte den Beweis, dass dieser der Entwicklung des Gewerbes gewissermassen vorausseilende Beschluss des Tarifausschusses vom Jahre 1903 das richtige getroffen hatte, indem er für später eine eventuelle Reduzierung der Lehrlingskala in bezug auf die Photographen in Aussicht stellte. Die vorgenommene Erhebung ergab, dass in den vier Tarifkreisen

an 300 Apparaten 240 Gehilfen und 109 Lehrlinge beschäftigt waren. Nach dem Bericht der Arbeitsnachweise über die Zahl der Arbeitslosen musste konstatiert werden, dass trotz der gegen früher ganz wesentlich eingeschränkten Lehrlingszahl die Zahl der arbeitslosen Photographen von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen war, so dass während des Jahres 1906 etwa 9 Proz. derselben arbeitslos war. Die Ziffer VI des Tarifes wurde deshalb dementsprechend verändert und die tariflich zulässige Lehrlingszahl bei den Photographen verringert. Bei dieser Gelegenheit verpflichteten sich die Vertreter der Prinzipale und Gehilfen, nach Ablauf der Tarifperiode auch für die übrigen Branchen der Chemigraphie und des Kupferdrucks eine gewisse berechnete Einschränkung der Lehrlingszahl zu beschliessen.

Der nachteiligen Wirkung, die die Einführung der Aetzmaschine auf die Gehilfenschaft im Gefolge haben dürfte, begegnete der Tarifausschuss dadurch, dass er beschloss, dass nur gelernte Chemigraphen an den Aetzmaschinen beschäftigt werden dürfen.

Während der Tarifausschuss und das Tarifamt im verflossenen Jahre eine Anzahl prinzipieller Streitfälle auf tariflichem Gebiete, so die Festsetzung darüber, dass die photomechanische Herstellung von Hochdruckplatten zur Chemigraphie zu rechnen ist; ferner: wer ausser den unter Ziffer VI des Tarifes namentlich aufgeführten, in der Chemigraphie beschäftigten Personen als Gehilfe im Sinne des Tarifes anzusehen ist, erledigte, liessen es sich die Schiedsgerichte angelegen sein, über begangene Abweichungen von den tariflichen Bestimmungen zu beraten und zu entscheiden. Die Beschlüsse dieser Tariforgane wurden in allen Fällen von beiden Parteien als zu Recht bestehend, anerkannt.

Während bezüglich der Chemigraphie von einer vollständigen Einführung des Tarifs die Rede sein kann, liegt es in dieser Frage bei den Kupferdruckern wesentlich ungünstiger, so dass der Tarifausschuss sich nachträglich gezwungen sah, zur Durchführung des Tarifes bei einzelnen Anstalten erleichternde Uebergangsbestimmungen zu beschliessen.

Ueber die Durchführung der Preiskonvention ist nichts besonderes zu berichten. Unregelmässigkeiten, die einzelnen Firmen nachgewiesen werden konnten, fanden zum grössten Teil durch das Eingreifen der Prinzipalsorganisation ihre Erledigung, während die Gehilfenorganisation nur in zwei Fällen zur Intervention angerufen wurde, ohne dass es deshalb zu einer Aufgabe der innegehabten Stellungen von Gehilfenseite gekommen wäre.

Ueber die Wirksamkeit der Schiedsgerichte im speziellen zu berichten, dürfte sich nicht lohnen. Entscheidungen von allgemeinem Interesse wurden nicht gefällt, wie sich dieselben auch nicht zur Kommentierung tariflicher Bestimmungen eigneten. Es musste deshalb auch die Herausgabe eines Kommentars unterbleiben, ohne dass diese Aufgabe des Tarifamtes gänzlich fallen gelassen wurde.

Ueber die Arbeitsnachweise und deren Wirksamkeit haben wir in Vierteljahrsabschlüssen durch unsere Organe berichtet, so dass sich ein besonderer Bericht hier ebenfalls erübrigt. Durch die Arbeitsnachweise wurden in den verflossenen drei Geschäftsjahren 2613 offene Stellen besetzt (1904: 841, 1905: 884 und 1906: 888).

Dankend anzuerkennen ist, dass sich sämtliche Tariffunktionäre gern in den Dienst der Tarifsache gestellt und ihre übernommenen Pflichten nach besten Kräften und im Sinne des Tarifes erfüllt haben.

Das Verzeichnis der tarifreuen Anstalten geben wir in No. 12 der Graph. Presse im Anschluss an diesen Geschäftsbericht heraus und wollen die Mitglieder unserer Tarifgemeinschaft hieraus die Fortentwicklung unserer Tarifgemeinschaft entnehmen. Unser

erstes Verzeichnis schloss mit einer Firmenzahl von 88 Firmen, das zweite mit einer solchen von 101 und das diesmalige mit 121 Firmen. Gestrichen wurden im verflossenen Geschäftsjahr teils wegen Erlöschens, teils wegen Nichtinhaltens der tariflichen Bestimmungen 5 Firmen.

Der Kassenbericht balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1248,79 Mk.

Ehe wir unseren Bericht schliessen, wollen wir auch des früheren Prinzipals-Vertreters im I. Tarifkreise, Herrn August Spiess-Berlin, gedenken, den der Tod kurz nach Schluss des verflossenen Geschäftsjahres aus seiner ihm lieb gewordenen Tätigkeit riss. Prinzipale und Gehilfen, die mit ihm zusammen an dem tariflichen Werke arbeiteten, haben sein vielseitiges technisches Wissen und seine modernen Lebensanschauungen geschätzt und jederzeit anerkannt. Der Tarifausschuss hat durch sein Hinscheiden einen herben Verlust erlitten.

Auch das dritte Jahr unserer Tarifgemeinschaft hat das Vertrauen in die Zuverlässigkeit derselben gestärkt, und bei beiden Parteien ist der Glaube an die Gesundung gewerblicher Verhältnisse durch das Wirken einer gemeinsamen Tarifsache erhalten geblieben. Mit einem Gefühl der Befriedigung überreichen wir daher unseren Mitgliedern diese Zeilen. Freilich wer der Meinung ist, dass alle Wünsche, die der eine oder der andere Teil an den Gewinn aus dem gewerblichen Schaffen, an das Bekämpfen unangenehmer Erscheinungen des gewerblichen Lebens zu stellen sich für berechtigt hält, nun ohne weiteres glatt in Erfüllung gehen müssten, wird nicht immer ohne Enttäuschung geblieben sein. Die Tarifgemeinschaft ist aber auch nicht das Allheilmittel für alle gewerblichen und sozialen Schäden, sondern sie ist nur ein Mittel zur Linderung all jener Uebel, denen der einzelne und die einzelne Partei fast stets machtlos gegenübersteht. Diese Mittel wirksamer zu machen, muss Aufgabe der gewerblichen Parteien sein, aber diese müssen zugleich auch anerkennen, dass nicht gegen alle Schäden so ohne weiteres ein Mittel zu finden ist. Nur der Wille muss auf beiden Seiten vorhanden sein, sich gegenseitig im gewerblichen Leben halten und fördern zu wollen, und das ist das Grundprinzip der Tarifgemeinschaft und der Zweck der gewerblichen Zusammenarbeit.

Verschmelzung oder Trennung?

Die Statutenvorlage des Hauptvorstandes beschäftigt lebhaft die Gemüter in der Kollegenschaft. Hauptächlich die Frage, soll die Verschmelzung weiter bestehen bleiben, nachdem das Reichsgericht für uns ungünstig gesprochen hat, oder ist eine Trennung vorzuziehen, erregt einen Meinungsaustrausch, der zur Klärung nur wünschenswert sein kann. In der »Gr. Pr.« waren bis jetzt die Stimmen für die Trennung vorherrschend und es ist erstaunlich, dass diese Stimmen von Kollegen ausgehen, die ebendem die Verschmelzung kräftig propagierten. Der Misant über die Einschaltlosigkeit einer kleinen Gruppe von Kollegen, scheint ihnen die Lust für die Aufrechterhaltung der Verschmelzung gänzlich genommen zu haben. Und doch wäre, nach meiner Ansicht, die Trennung der folgenswertere Beschluss der Generalversammlung, der uns wieder weit zurückbringen würde. Auch der Artikel des Kollegen Müller kann mich nicht überzeugen von der Notwendigkeit, nun die Verschmelzung, deren Zustandekommen grosse Mühe und Arbeit verursachte, einfach wieder aufzulösen; denn hierauf zielt ja der Artikel in der No. 10 der »Gr. Pr.« hin.

Kollege Müller-Berlin erklärt den Statutenentwurf des Hauptvorstandes für unannehmbar und drückt sein Urteil darüber recht temperamentvoll in dem Ruf aus: »Werft das Scheusal in die Wolfschuldt!« Er hat drei Hauptgründe gegen den Entwurf: erstens ist ein Kompromiss mit den Protestlern — das bei Annahme des Statuta allerdings notwendig ist — nachdem was sie während der Aussperrung gegen uns geleistet haben, unmöglich; zweitens würde das Privilegium des Streikbruchs durch Annahme des Statuta verallgemeinert und der Disziplinlosigkeit würde Tür und Tor geöffnet, und drittens ist die Unterstützungskasse in den Vordergrund geschoben, so dass die Gewerkschaftskasse nur als Anhängel erscheint.

Der erste Grund: ein Kompromiss mit den Protestlern sei unmöglich, ist nicht so stichhaltig, wie er anfangs erscheint und für einen Gewerkschaftler erscheinen muss. Hinter allen Auslassun-

gen gegen die Arbeitsbewegung von den Protestlern, die allerdings der haarsträubendsten Art waren und jeden zielbewussten Arbeiter mit Entrüstung erfüllen mussten, sehe ich das Gesicht ihres Rechtsanwalts Wertheim. Dieser Mann hat, in der Absicht seinen 31 Klienten möglichst zu nützen, unterstützt durch eine subjektive Anschauung über die moderne Arbeiterbewegung, den Effekt, den solche Worte auf das Gericht ausüben müssen, wohl berechnet — und er hat sich ja auch in keiner Weise verkalkuliert. Ich will nicht sagen, dass alle Protestler mit den Argumenten des Herrn Wertheim nicht einverstanden wären, aber ein Teil hat ausdrücklich erklärt, solchen Beweisthesen ihr Einverständnis unbedingt versagen zu müssen. Ebenso war es bei der Sperrung der Gewerkschaftskasse. In der Angst, bei der Aussperrung könne die Kranken- und Invalidenkasse spurlos verschwinden — für das gewerkschaftliche Verständnis dieser Leute übrigens sehr bezeichnend, nachdem sie aus dem Statut wissen mussten, dass ein Benutzen dieser Kasse bei Streiks etc. ausgeschlossen ist — forderten sie vom Gericht die Sicherstellung. Nun, unsere Gerichte sind bei solchen Gelegenheiten niemals langsam gewesen und tun schon noch ein Übriges — sie sperrten einfach die Gewerkschaftskasse auch mit. Diese prompte Bedienung war selbst den Protestlern verblüffend — wiederum ein Zeichen, wie wenig diese Leute unsere Gerichte kennen — sie empfanden die Schmach, ihre Kollegen schmähschlich verraten zu haben, ohne — und das muss zu ihrer Ehre und der Gerechtigkeit halber betont werden — es gewollt zu haben; sie drangen sofort darauf, die Sperre wieder aufheben zu lassen. — Wir müssen uns diese Züge vor Augen stellen, um zu beurteilen, ob ein Kompromiss mit den Protestlern möglich ist. Ferner aber — und das ist ausschlaggebend — sind der grösste Teil von Kollegen, die hinter dem Rechtsschutzverein stehen, völlig indifferente Echte, die von den Zielen einer Gewerkschaft in Wirklichkeit nur verkehrte Anschauungen haben. Diese Leute für unsere Ideen zu gewinnen suchen, ist unsere unbedingte Pflicht. Sollen wir nun all denen zurufen: mit Euch gibts kein Verhandeln, kein Zugeständnis! Das wäre denn doch wohl wenig im Interesse des Organisationsgedankens gehandelt. Man gewinnt niemals Anhänger, wenn man solche, die es werden sollen, vor den Kopf stösst.

Der zweite Grund: der Streikbruch würde durch das Statut privilegiert und die Disziplinosigkeit würde unvermeidlich heimisch in unserem Bunde. — Kollege Müller sieht eine Verallgemeinerung des Privilegiums des Streibrechts darin, dass Streibbrecher nur aus der Gewerkschaftskasse, nicht aber aus der Unterstützungskasse ausgeschlossen werden können — darum ist eine Trennung nötig; denn eine Gewerkschaft, die solche Elemente noch in ihren Reihen duldet, ist keine Gewerkschaft mehr. Zunächst gehört die Unterstützungskasse nicht zur Gewerkschaft des Senefelder-Bundes; uns also einen Vorwurf machen zu wollen, wir dulden Streibbrecherelemente in unseren Reihen, wäre absurd. Bei einer Trennung könnten wir doch einen Anschluss auch nur in der Gewerkschaft vornehmen; denn bis zur Unterstützungskasse reichte unsere Macht doch dann noch viel weniger. Das wäre also gekloppt, wie gesprungen; nur würden wir die Neuentretenden, die zuerst nur auf Unterstützung bedacht sind, bei einer Trennung für die Gewerkschaft verlieren und das wären die meisten der Indifferenten, wiese aber für unsere Ideen zu gewinnen — es muss wieder betont werden — ist unsere unbedingte Pflicht. Nun sieht der Kollege Müller, durch den Umstand, dass wir nach dem Statut nicht die Macht haben, die Streibbrecher aus der Unterstützungskasse auszuschliessen, Tür und Tor geöffnet für die Disziplinosigkeit. — Kollege Müller sieht hierin etwas sehr schwarz. — Wenn Disziplin durch das Statut aufrecht erhalten werden sollte, gäbe es keine Disziplin in den Organisationen. Ein Streibbrecher lässt sich durch ein Statut nicht hindern, zu tun, was er nicht lassen kann. Für jeden ehrlichen Mann muss Streibbruch eine Schmach sein, durch Statuten lässt sich dies nicht einbläuen, es muss vielmehr durch Einwirken moralischer Art geweckt werden.

Der dritte Grund: die Unterstützungsweige würden, durch das Voranstellen der Kranken- etc. Unterstützungskasse, gegen die Gewerkschaft hervorgehoben, so dass letztere nur als Anhängsel betrachtet werden muss, ist doch nur rein äusserlicher Art. Nach dem reichgerichtlichen Entscheid sind wir gebunden, unserem Statut eine Form zu geben, die dem Gewerkschaftler, allerdings bei oberflächlichem Studium, Bedenken aufsteigen lässt. Sieht er aber die Gründe an, besonders den, die Verschmelzung aufrecht zu erhalten, so muss er zu dem Schluss kommen, hier kann nicht anders gehandelt werden, dies Statut ist hervorgegangen aus der Notwendigkeit, ein Besseres nicht mit dem Schlechteren zu vertrauen.

Entscheidend für unseren Verband ist also auf der Generalversammlung die Frage: Verschmelzung oder Trennung. Die Delegierten müssen sich klar werden, was sie aufgeben, wenn sie die Verschmelzung auflösen. Die Nachteile der Verschmelzung sind so geringfügig gegen die Vorteile für unseren Bund, dass jeder ruhig denkende Kollege die Verschmelzung nicht so leicht aufgibt, es sei denn, dass der Hass gegen Kollegen, die uns

ein Bein gesetzt haben, überwiegend ist. Der Hass aber ist ein schlechter Berater. — Der Gewerkschaftler darf seinem Gefühl nie so viel Rechnung tragen, wie seinem Verstande; er muss Selbstverleugung üben, er muss sich sagen, wie der Stein erst durch Schliff seinen Glanz bekommt, in seiner Urform aber ein nicht schönes Ding ist, dem durch Zertrümmerung in Urmut die Möglichkeit genommen wird, etwas Schönes zu sein; denn ihm entgeht der Schliff, so kann einem indifferenten nur durch Belehrung der Gewerkschaftsgedanke geweckt werden. Kommen wir ihm mit Schöffheit, so ist sehr wenig Aussicht vorhanden, ihn je zu einem Kollegen nach unserem Sinne zu machen.

Ich halte die Statutvorlage des Hauptvorstandes durchaus für unannehmbar. Es gibt keinen anderen Weg, unsere Organisation so auszubauen, dass eine Geschlossenheit unter den Kollegen, dem Unternehmertum gegenüber steht.

Rt.

Zur Statutvorlage.

Bei der Verschmelzung des Bundes mit dem Verbands wurde als unbedingte Notwendigkeit anerkannt, dass der Organisationsgedanke nicht vermischt, der Verband als solcher in keiner Weise gefährdet werden dürfte. Als Gegenleistung sicherte man dafür den Nur-Bundesmitgliedern die Unterstützungskassen auf alle erdenklichste Art und Weise. In dem Kampfe der 31 Kläger und ihren Hintermännern, welcher sich insbesondere oder fast nur gegen die Organisation richtete, wurde von massgebenden Personen des Senefelder-Bundes, vor allem aber von unserem Hauptvorstand betont, dass an dem Grundgedanken des Senefelder-Bundes nicht gerüttelt werden dürfte. Auch nach dem Urteil des Reichsgerichts war es der Hauptvorstand, der erklärte, dass trotz des Urteils der wirtschaftliche Kampfcharakter der gewerkschaftlichen Organisation in jeder Weise sicher gestellt sei. Und einem jeden dankenden und zur Organisation stehenden Kollegen muss der Kollege Hass aus der Seele gesprochen haben, als er, nach einem Versammlungsbericht der Filiale I Berlin, sein Referat über diese Angelegenheit in folgenden Worten zusammenfasste: »dass, wenn auf Grund der Reichsgerichtsentscheidung die einheitliche straffe Organisation nicht aufrecht erhalten werden kann, man lieber zwei Organisationen schaffen soll. Auf keinen Fall sei er für einen Kompromiss mit den Rechtsschutzvereinen.

Also keinen Kuhhandel. Worte, die dem Hauptvorstand zur Richtschnur dienen können und auch dienen müssen. Einzig und allein die Frage der Erhaltung unserer Organisation ist aus der Statutvorlage zu prüfen. Hier hat die Kritik einzusetzen.

Fast glaubte man, der Hauptvorstand würde vor der Generalversammlung kaum noch mit einer Statutvorlage herauskommen. Jedoch in letzter Stunde erscheint diese auf der Bildfläche. Ohne jegliches Kommentar. Weil aber die Kürze der Zeit berücksichtigt werden musste, hätte man umsomehr eine eingehende Begründung dieser Vorlage erwarten müssen. Oder war dies unmöglich? War man sich im Hauptvorstande bewusst, dass eine derartige Vorlage einer Kritik nicht standhalten würde, da man von vornherein ersucht, ja nicht mit einschneidenden Änderungen zu kommen. Oder hat man sich in Frankfurt zu weit festgelegt?

Schon die eigenartige Aufmachung dieser Statutvorlage gibt von vornherein zu bedenken Anlass. Ein deutscher Senefelder-Bund als Arbeiterorganisation und kein Sterbenswörtchen des wirtschaftlichen Kampfcharakters im Statut enthalten. Denn der § 1 des Statuts kennt nur eine Allgemeine Unterstützungskasse und eine Invaliden- und Witwenkasse. Muss man sich nicht fragen, haben die 31 Kläger nur noch Rechte im Bunde, gilt die Ansicht der übergrossen Mehrheit nichts mehr. Oder will man uns glauben machen, das Anhängsel, genannt Gewerkschaftskasse des Senefelder-Bundes, sei ein vollgültiger Ersatz für unsern alten Verband. Nicht einmal im Statut findet der Verband ein Plätzchen. Wo bleiben die Taten auf die grossen Worte des Hauptvorstandes, »dass der wirtschaftliche Kampfcharakter auf alle Fälle erhalten bleiben müsste«. Soll dieser etwa durch den § 2, Abs. 2 mit folgendem Wortlaut:

Für Mitglieder, welche bis zum 1. Juli 1905 dem Bunde angehört, ist die »Zugehörigkeit« zur Gewerkschaftskasse eine freiwillige. Wohlgemerkt die Zugehörigkeit, nicht etwa der Uebertritt. Jederzeit können diese ehemaligen Bundesmitglieder in der Gewerkschaftskasse aus- und eingehen, je nachdem der Wind weht. Niemals würde der Senefelder-Bund bei wirtschaftlichen Kämpfen mit seinen Mitgliedern rechnen können. Seit wann kann eine Arbeiterorganisation auf die Disziplin in den eigenen Reihen verzichten. Disziplin scheint man für die Zukunft nicht mehr nötig zu haben. Denn auf diejenigen Kollegen, welche bisher immer die gesamten Interessen der Kollegen vertreten haben, jene »Nur-Verbandskollegen, welche doch auch an der Verschmelzung beteiligt waren, Rücksichten zu nehmen, ist ein Luxus, welchen man sich anscheinend nicht zu gestatten braucht. Ist es doch genug, wenn diese sich als melkende Kuh gebrauchen lassen dürfen. Für einen grossen Teil der ehemaligen Nur-Bundesmitglieder wird die geplante Beitragserhöhung ein geländenes Fressen

sein, nun erst mit einem gewissen Recht (von ihrem Standpunkt aus) der Gewerkschaftskasse »nicht« anzugehören. Sind diese doch durch die gewonnenen neuen Unterstützungsweige in allen Lebenslagen gesichert. Der harmlosen Gewerkschaftskasse sind die Mittel zum Zweck ohne weiteres entwendet. Wie der Hauptvorstand da noch in seinem Zirkular vom 4. März von einer festgeschlossenen Masse reden kann, ist mir unbegreiflich.

Auch die Warnung vor zwei getrennten Organisationen müsste ein stilles Lächeln erregen, wenn die Sache leider nicht so bitter ernst wäre. Bedeutet denn der § 9, Abs. 2 des Statuts der Gewerkschaftskasse der besagt:

Die Verwaltung der Gewerkschaftskasse kann den Funktionären der Allgemeinen Unterstützungs- und Invalidenkasse mit übertragen werden.

nicht eine vollständige Trennung. Nur der kleine Unterschied ist dabei, dass diese äusserlich harmlose Trennung uns für immer jenen reaktionären Elementen ausliefern, unsere Bewegungsfreiheit für immer lahm legen würde; während wir durch eine direkte Trennung mit einer erprobten organisierten Kollegenschaft unsere Kraft und zielbewusste Selbstständigkeit bald wieder erlangen werden.

Hätten denn die Väter dieser Statutvorlage nicht die geringste Ahnung der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Könnten diese nicht eine geistige Anleihe bei den Buchdruckern unternehmen, da doch diese schon vor 15 Jahren ein gleiches Dilemma überwinden mussten.

Wurde doch schon auf der Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker im Jahre 1892 zu Stuttgart festgestellt, dass eine Unterstützungskasse, in welcher solche Mitglieder bleiben könnten, welche aus dem Gewerksverein austreten und dadurch die Kollegialität und Solidarität mit Füssen treten, für organisierte Buchdrucker ihren Zweck verfehlt habe. Dieser war auch der massgebende Faktor, welcher die Buchdrucker veranlasste, ihre Unterstützungskasse zur Liquidation zu bringen. Und jetzt, nachdem die Rechtsprechung in Organisationsangelegenheiten zur Rechtlosigkeit der Arbeiterorganisationen ausgewachsen ist, durch die wir uns nur durch eiserne Disziplin in unseren eigenen Reihen schützen können; unterbreitet man uns eine Statutvorlage, welche die Buchdrucker in ähnlicher Form vor 15 Jahren als unannehmbar ablehnten. Leider kann man hier feststellen, dass nur unsere Gegner sich das geschichtliche Material dieser Gewerkschaftsmaterie zu Nutzen gemacht haben. (Siehe Klagebegündung der 31 Kläger.) Weil aber diese Statutvorlage einem vollständigen Siege der 31 Kläger gleichkommt, haben wir alle Ursache, diese abzulehnen. Ablehnen müssen wir diese, weil einschneidende Änderungen nicht vorgenommen werden dürfen. Ist die Verschmelzung ein Fehler gewesen, so müssen wir diesen Fehler aus der Welt schaffen, auf keinen Fall aber überklettern.

An die Kollegen tritt die Pflicht, selbst mit zu arbeiten, um in letzter Stunde noch einen Ausweg zu finden, wenn wir nicht wollen, dass wir der Reaktion innerhalb unseres Verbandes mit Haut und Haaren verschrieben werden. Aber wie? Zur Auflösung oder Liquidation, auch wenn wir die Mehrheit auf unsere Seite bekommen würden, ist die Zeit zu kurz. Da aber unser alter Verband laut Beschluss des Reichsgerichts noch besteht, hat doch dieser einer Verschmelzung in unserem Sinne nicht zugestimmt. Behalten wir richtig unsern Verband, und bauen diesen weiter aus, wie ich dieses schon in No. 8 der »Gr. Pr.« unter »Ein Vorschlag« näher ausführte. Ein praktischer und gangbarer Ausweg wäre dies, und eine eingehende Diskussion und Bearbeitung meines Vorschlages würde ein brauchbares Ergebnis zeitigen.

Wohin wir kommen, wenn wir der Statutvorlage des Hauptvorstandes Gefolgschaft leisten, beweist uns die Bekanntmachung in letzter »Gr. Pr.«, dass alles wieder in Gnaden aufgenommen werden soll. Arbeitswillige, Leute die uns auf die gewöhnlichste Art bekämpft und verraten haben, alles friedlich in einem Topfe untergebracht. Mit einer derartigen einheitlichen straffen Organisation könnten wir dann Wunder erleben. Die organisierte Arbeiterschaft hätte aber alle Ursache, uns mit den Christlichen und Hirschen auf eine Stufe zu stellen.

Darum Kollegen prüft, kämpft aber für Euere Ueberzeugung. Noch haben wir Gelegenheit etwas Grosse zu schaffen, etwas »Ganzes«, dem auch die Zukunft gehört. Noch ist es nicht zu spät, und lohnend ist es auch, ein derartiges Ziel erreichen zu können. Hierzu gehört aber die einmütige Mitarbeit derjenigen Kollegen, welche sich zu den Organisierten rechnen.

G. Br.

Brief aus Athen.

In einem der letzten Klimsch'schen Anzeiger (vom 19. Februar 1907) musste ich zu meinem Bedauern leider sehen, dass abermals eine »Griechische Kunstanstalt« (!) ganze zwei Lithographen zu engagieren sucht und zwar unter dem Deckmantel einer deutschen Firma.

Ich ahne nun allerdings schon, von welcher Firma diese Kollegen gesucht werden und bitte Sie im Namen aller Kollegen (denen daran gelegen ist, ihr Geld nicht zu verlieren!) im Anschluss an den Artikel in No. 60 (16. Novbr. 1906) abermals in der »Graph. Presse« und zwar ohne Verzögerung

In die allernächste, diese eindringliche Warnung an die Herren Kollegen ergeben zu lassen.

Es würde mich ein jeder herzlich dauern, wenn er auf solche direkten Schwindereien hineinfallen sollte; denn man verlegt sich schon auf den Trick, durch eine deutsche Firma die Opfer engagieren zu lassen, weil es dann den Anschein (aber auch nur diesen) hat, als ob Betreffender durch deutschen Schutz gesichert wäre.

Leider kann ich nur sagen, dass in ganz Griechenland keine Bude existiert, der es möglich wäre, nur einen Lithographen ordentlich zu bezahlen, geschweige denn gar zwei! —

In den ersten 8—10 Wochen geht es ja ganz gut und wird dem Kollegen alles getan, was er sich nur wünscht, aber dann! —

Alles geht nur so lange, als Geld da ist und dieses wird irgendwo solange aufgetrieben; dann aber kommt die Zeit, wo es wieder bezahlt werden muss und da fangen auch die »Enttäuschungen« des lieben Herrn Kollegen an! Er bekommt auf einmal nur einen Teil seines wohlverdienten (ich sage nicht umsonst wohlverdient!); denn schufte muss einer ganz gehörig hier! Lohnes, wird vertröstet und vertröstet von einer Woche zur anderen, sodass es ihm äusserst schwer wird, seinen eigenen Verpflichtungen ordentlich nachzukommen. Das geht natürlich nur solange, bis es dem Betreffenden zu bunt wird und er seine sieben Sachen packt, wodurch die betr. Firma natürlich das Geld für die Rückreise erspart und der Kollege nun dieselbe aus seiner Tasche berappen muss, d. h. — wenn er das kann! —

Es wird sich jedermann vorstellen können, wie es einem wohl gehen mag, wenn er vorher Gesagtes nicht vermag und somit der Gnade und Barmherzigkeit seiner Chefs ausgesetzt ist! —

Immerhin halte ich es für meine Pflicht, da ich dies sonst nicht mit meinem Gewissen vereinbaren könnte, jedem Kollegen, welcher die Lust verspürt, seine Haut nach hier zu Markte zu tragen, gemachte Erfahrungen zuteil werden zu lassen und so zu versuchen, ihn vor sicherem Schaden zu bewahren.

Es bleibt ja jedem selbst überlassen, sich die Finger einmal zu verbrennen (er wäre ja der Erste nicht!) aber mehr als warnen kann man nicht.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Bericht über die Wirksamkeit der Arbeitsnachweise im IV. Quartal 1906.

Es waren arbeitslos im Wochendurchschnitt:

beim Arbeitsnachweis in	im Monat	Arbeitsnachweise						
		Photogr.	Aetzer	Kopierer	Retusch.	Nachschn.	Kupferdr.	Drucker
Berlin	Oktbr.	13	18	3	3	3	3	1
	Nov.	10	12	4	2	3	4	1
	Dez.	12	16	2	2	5	5	1
Leipzig	Oktbr.	11	10	—	2	4	1	1
	Nov.	13	11	1	4	4	—	—
	Dez.	13	7	—	2	2	—	2
München	Oktbr.	4	9	1	1	4	—	—
	Nov.	5	10	—	2	2	—	—
	Dez.	5	10	—	2	2	1	—
Stuttgart	Oktbr.	1	1	—	—	—	—	—
	Nov.	1	1	—	—	—	—	—
	Dez.	1	1	—	—	—	—	—

Vermittelt wurden:

beim Arbeitsnachweis in	im Monat	Arbeitsnachweise						
		Photogr.	Aetzer	Kopierer	Retusch.	Nachschn.	Kupferdr.	Drucker
Berlin	Oktbr.	6	16	1	4	2	8	—
	Nov.	1	9	—	2	3	1	1
	Dez.	4	6	1	2	—	7	—
Leipzig	Oktbr.	6	14	1	5	1	—	3
	Nov.	2	14	—	8	2	2	4
	Dez.	7	18	1	5	1	—	1
München	Oktbr.	—	9	2	4	1	1	2
	Nov.	1	6	—	2	1	—	—
	Dez.	—	7	—	4	—	—	—
Stuttgart	Oktbr.	1	1	—	—	—	—	—
	Nov.	1	2	1	—	—	—	—
	Dez.	—	6	2	1	—	—	—
Summa:		29	108	9	37	11	19	14

Ausserdem vermittelte der Düsseldorfer Nachweis 3 Aetzer.

Gründung einer Chemigraphen-Organisation in Schweden.

Nachdem sich die Notwendigkeit einer Chemigraphen-Organisation für Schweden herausgestellt hat, haben sich in Stockholm z. z. 70 Aetzer, Photographen, Graveure, Lichtdrucker und andere im

Fach arbeitende Kollegen am Anfang dieses Jahres an die Stockholmsabteilung des schwedischen Typographenbundes angeschlossen und unter der Stütze dieses starken Verbandes eine eigene Sektion gebildet. Es ist uns jetzt die Möglichkeit gegeben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie auch die Lehrlingsfrage zu regulieren und auf den Arbeitsmarkt resp. Arbeitsnachweis Einfluss zu nehmen.

Sobald sich die Chemigraphen der übrigen Städte in Schweden organisiert haben, kann ein gemeinschaftlicher, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zielender Zusammenschluss stattfinden.

Wir empfehlen unsere Organisation und sind gern bereit, anfragenden Kollegen des Auslandes vor Engagement mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Alle Anfragen sind zu richten an: Typografiska Föreningen in Stockholm, Schweden.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Redaktionschluss: Dienstag.

Spätere Eingänge können für die laufende Nummer nicht berücksichtigt werden.

Berlin II, Chemigraphen. Mitgliederversammlung vom 7. Februar 1907. Tagesordnung: 1. Bericht von der Tarif-Ausschuss-Sitzung; 2. Anträge zur Generalversammlung; 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zu bedauern ist, dass zu dieser so wichtigen Versammlung so wenig Kollegen erschienen waren. Zum 1. Punkt der Tagesordnung g. Koll. Sahm den Bericht der Tarifausschuss-Sitzung. Es seien hier nur die wichtigsten Punkte wiedergegeben. Als solcher gilt vor allen Dingen die Herabsetzung der Lehrlingskala in der Photographenbranche. Redner führte hierzu folgendes aus: Da bei der Tarif-Vereinbarung festgelegt worden war, dass ev. die Lehrlingskala der Photographen nach drei Jahren eine Änderung erfahren dürfe, vorausgesetzt, dass massgebende Gründe vorhanden, so lag nichts näher, als davon Gebrauch zu machen, noch dazu die Arbeitslosigkeit derselben geradezu unhaltbare Zustände geschaffen hatte. Wenn schon im Jahre 1904 von den etwas über 200 Photographen-Gehilfen Deutschlands 65 arbeitslos waren, so stieg deren Zahl im Jahre 1905 auf 77. Selbiges ist jedoch zurückzuführen auf die Unzahl von Lehrlingen, welche vor der Tarif-Vereinbarung dem Berufe angehörten. Zur Stunde haben wir jedenfalls immer noch mit zirka 9 Proz. Arbeitslosen in diesem Berufe zu rechnen, welche Zahl aber so schnell keine Aussicht auf Verringerung hat, da momentan in ganz Deutschland für 300 Apparate 240 Gehilfen und 109 Lehrlinge vorhanden sind. Beantragt war, anstatt auf zwei Gehilfen einen Lehrling, für die Zukunft auf vier Gehilfen einen Lehrling, und Umänderung des Passus, da, wo nur ein Lehrling zu halten ist, darf erst im letzten Jahr ein neuer, statt wie bisher im zweiten Jahr ein solcher eingestellt werden. Resultat der Verhandlung war: Für die Zukunft auf drei Gehilfen einen Lehrling, womit praktisch ebensoviel erreicht ist, wie bei vier Gehilfen. Da doch in ganz Deutschland nur einzelne Anstalten mehr als sechs Photographen haben und bei fünf doch nur immer ein Lehrling in Betracht kommt. Der zweite Teil der Forderung wurde nicht nur angenommen, sondern sogar festgelegt, dass nach zwei Jahren derselbe auch in den anderen Fächern Anwendung findet. Das »Gerstenlauer'sche Verfahren« wird durch den Tarif-Ausschuss endgültig, jedenfalls bis zur Übertragung auf Stein als chemigraphisches Verfahren gekennzeichnet und unterliegen derartige Anstalten den tariflichen Bestimmungen. In der Kupferdruckerfrage wurde leider festgestellt, dass dieselben betreffs Organisation keine Fortschritte zu verzeichnen hatten. Als Grund hierfür gilt der hohe Minimallohn. Beschlussen wird, dass, wo dieser der Anstoss ist, hierin vollständig Ausnahmen zu machen. Die Chemigraphen verpflichten sich für die Zukunft, wo möglich, für die Kupferdrucker einzutreten. Die Vertrauensleute werden als Vertretung der Gehilfen der Geschäfte anerkannt und dürfen als solche nicht gemässregelt werden. Siehe Buchdruckerkommentar. Nachdem der Vorsitzende noch einige Ausführungen über Schundkonkurrenz gemacht hat, schloss derselbe seinen Bericht. In der Diskussion wurde lebhaft bedauert, dass die Kupferdrucker sich noch nicht besser organisiert haben, so dass man zu solchen Mitteln schreiten muss, wie die Herabsetzung des Minimallohnes. Hierauf Punkt 2, Anträge zur Generalversammlung. Da die Begründung des Urteils noch nicht bekannt, infolgedessen die Generalversammlung auf Ostern verlegt ist, wird dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt. Dagegen brach eine heftige Diskussion aus über das Verhalten der Stuttgarter Kollegen, betreffs des Gerstenlauer'schen Verfahrens. Es wurde ausgeführt, dass die Kollegen die Presse nicht gelesen haben können, sonst müsste sie der Sturm der Entrüstung zu dieser Versammlung getrieben haben. Des weiteren wurde die Meinung vertreten, dass die Ansicht der Stuttgarter Lithographen unmöglich aus der Ansicht der übrigen Lithographen Deutschl. sein könne. Auf keinen Fall würden sich die Chemigraphen derartiges bieten lassen. In Anbetracht der schlecht besuchten Versammlung und dass in Kürze die Berliner Lithographen sich jeden-

falls über diese Angelegenheit in ihrer Versammlung beschäftigen werden, wird von einem Beschluss resp. Resolution Abstand genommen und auch dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt. Schluss der Versammlung 10^{3/4} Uhr.

Berlin. Am 21. Februar tagte im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Generalversammlung der Filiale I, in welcher Kollege Hass den Jahresbericht gab und die Neuwahl der Verwaltung stattfand. In 1/2 stündigem Referat gab Kollege Hass einen Rückblick über die Tätigkeit der Verwaltung im verflossenen Jahre. Wenn das Jahr 1905, so führte Redner aus, unter dem Zeichen des inneren Ausbaues stand, so hat das Jahr 1906 wohl jedem den praktischen Wert der Verschmelzung vor Augen geführt. Als die wichtigsten Ereignisse, welche die Tätigkeit der Verwaltung nach aussen hin dokumentieren, erwähnte er die Tarifverhandlungen, an deren Vorbereitungen die Verwaltung in reger Weise teilgenommen hat. Leider ist diese Arbeit infolge der Halbstarrigkeit der Prinzipale vergebene Mühe gewesen. Am 10. März wurden die Kollegen aus Anlass eines Hilfsarbeiterstreiks, bei welchem die geringe Summe von 60 Mk. das Kampfbjekt bildeten, in sämtlichen Ringfirmen gekündigt. Durch Verhandlungen gelang es, den Konflikt zu beseitigen. Auf die Aussperrung übergehend, rekapitulierte er kurz die wichtigsten Momente dieses unergusslichen Kampfes. 408 Kollegen, darunter 277 verheiratete mit 381 Kindern, haben heldenmütig ihren Mann gestanden. Umgefallen ist keiner. 43 Steindrucker sind stehen geblieben und haben mit der »Freien Vereinigung« die Prinzipale vor einer gänzlichen Niederlage gerettet. Das Resultat der Aussperrung war deshalb nicht ein solches, wie wir es erhofft hatten. Für 123 Kollegen wurden Lohnzulagen von insgesamt 196,50 Mk. herausgeholt, die Anerkennung des § 616 und was wohl das wichtigste ist, die Anerkennung des Arbeitsnachweises ist als Erfolg dieses Kampfes zu bezeichnen. Leiseres bezeugen die Zahlen der vermittelten Stellen. Während im Jahre 1905 nur 429 Stellen gemeldet wurden, sind im verflossenen Jahre 712 offene Stellen gemeldet worden, von denen 659 besetzt wurden. Aber auch 6 Strafmandate mit Gesamtkosten 318,50 Mk. hat uns die Aussperrung gebracht. Nach der Aussperrung haben eine Reihe kleiner Bewegungen stattgefunden, bei welchen es aber nur bei zweien zur Arbeitsniederlegung kam. Sämtliche Bewegungen endeten mit gutem Erfolg. Abgesehen von den Verhandlungen mit dem Schutzverband bei Beendigung des Kampfes, haben 46 Verhandlungen mit den Prinzipalen stattgefunden. Zur Erledigung der Vereinsgeschäfte waren neben 35 Verwaltungssitzungen inkl. 14 kombinierten, noch 15 Vertrauensmännerversammlungen erforderlich. In 177 Geschäfte- und Bezirksversammlungen ist neben 26 grossen Versammlungen die Agitation gepflegt worden. Ungezählt sind die Konferenzen und Sitzungen, an denen die Verwaltungsmitglieder teilgenommen haben. Zu Ende des Jahres ist die Agitation unter den Linoleum-, Tapeten- und Wachtuchdruckern in Angriff genommen worden. Hier wird die neue Verwaltung noch ein grosses Stück Arbeit zu leisten haben. Auf ein Ereignis, auf welches die Verwaltung mit Stolz blicken zu können glaubt, ist der würdige Verlauf der Malfeier. 441 Kollegen haben sich laut Kontrolle an der Festversammlung beteiligt. Der Mitgliederbestand ist ein stabiler zu nennen und erhöhte sich von 1360 vom Januar 1906 auf 1432, darunter 1254 Vollmitglieder. Die Resultate der verschiedenen Sammlungen zeigten ein Bild hoher Opferfreudigkeit unserer Kollegen. Es ergab unter anderen die Malversammlung die Summe von 817 Mk. Auf Streiklisten wurden 5830 Mk. gesammelt. Auch die Gesamtsumme der Extrasteuer des Jahres 1906 von 20000 Mk. zeigt, dass die in Arbeit gebliebenen Kollegen ihre Schuldigkeit getan haben. Der Redner gab dann noch einen kurzen Ausblick über die Arbeit, welche die neue Verwaltung zu leisten haben wird. Die Diskussion, welche diesen mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte, bewegte sich durchweg in zustimmendem Sinne. Aus der anschließenden Wahl ging die alte Verwaltung wieder hervor, nur wurde an Stelle des Kollegen Wengler, welcher Geschäftsverhältnisse halber eine Wiederwahl ablehnte, der Kollege Hya neugewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Arndt, Henning und Quast gewählt.

Dresden II. Am 16. Februar hielt die Filiale II, Lithographen, ihre Jahreshauptversammlung ab. Zum Punkt 1, Jahresbericht, nahm Kollege Beine das Wort und berichtete über die Verwaltungstätigkeit. Wegen der Aussperrung musste unsere Verwaltung mit den Verwaltungen der übrigen Filialen zu 9 gemeinsamen Sitzungen zusammentreten. Versammlungen fanden statt: 6 der Filiale II, 9 aller Filialen, meist mit belehrenden Vorträgen, ausserdem 16 Geschäftsversammlungen. Zwei Zeitungs-Statistiken gaben ein einigermaßen befriedigendes Bild, die Ausführungen des Kollegen in bezug auf den Arbeitsnachweis gipfelten darin, dass sich diese Institution sehr gut bewährt habe. Den Kassenbericht über das IV. Quartal gab Kollege Graf. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Danach gab Graf den Kassenbericht über das ganze Jahr 1906 und eine Uebersicht über die Mitgliederbewegung. Sodann gab Kollege Schuckwerder als Kartelldelegierter den Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschafts-Kartells und Arbeiter-Sekretariats. Beide haben sehr zum Segen der Dresdener Arbeiter-

schaft gewirkt, und besonders durch die Hilfe des Kartells ist es uns möglich gewesen, die Aussperrung zu einem guten Ende zu führen. Es machte sich wegen Arbeitsüberhäufung im Sekretariat die Anstellung eines zweiten Sekretärs notwendig. Darauf fanden die Neuwahlen statt. Als gewählt gingen daraus hervor: die Kollegen Beine als 1. Vorsitzender, Graf als Kassierer und Heymann als Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Ph. Müller, Meinert und Hartmann und zu Beisitzern die Kollegen Wendisch, Bachmann, Pritschow, Zaspel, O. Dittrich und Peschel gewählt. Kollege Schluckwerder als Kartell-Delegierter. Unter »Verschiedenes« beantragte Kollege W. Richter die Veranstaltung eines Herrenabends. Der Antrag wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Kollege Graf gab bekannt, dass vorläufiglich im März eine allgemeine Bücher- und Extrasteuerkarten-Kontrolle stattfindet und ersucht etwaige Restanten, ihren Pflichten bis dahin nachzukommen. Hierauf Schluss der mässig besuchten Versammlung.

Freiburg i. Sches. Am 27. Februar d. J. fand im Breslauer Gewerkschaftshause eine Konferenz der Gau- und Bezirksleiter Schlesiens und Posens statt. Die sehr reichhaltige Tagesordnung, welche die fernere Taktik für die Agitation unter der Arbeiterschaft dieser beiden Provinzen festlegen sollte, war folgende: 1. die Lokalfrage, 2. die Gewerkschaftskarteile, 3. der Zweck der Agitationskommission, a) Agitation und gegnerische Organisationen, b) Adressenverzeichnis, c) Grenzstreitigkeiten, 4. Verschiedenes. Unter Punkt 1 wurde festgestellt und zugegeben, dass Oberschlesien gegenüber allen anderen Teilen Schlesiens-Posens in der Lokalfrage weit im voraus sei und nun auch einmal daran gedacht werden müsse, in den anderen Gegenden etwas mehr in dieser Beziehung zu tun als bisher geschehen ist. Hierbei fanden die Schwierigkeiten Erwähnung, welche speziell in Garnisonstädten vorliegen, um irgend einen Raum oder Lokal zur Abhaltung einer Versammlung zu erlangen. Mit den allererdenklichsten Chikanen werden die Wirte bedacht, falls sich mal hin und wieder einer dazu verleiten lassen sollte, seine Räume zu einer gewerkschaftlichen Versammlung herzugeben, geschweige denn erst zu einer parteipolitischen. Die Beschränkung der Nachtstunden auf das Äusserste, die Entziehung des Konsenses, Kündigung des Konsenses, Kündigung der Hypotheken und Militärverbot, das sind so die Mittelchen, welche behördlicherseits dem gegenüber angewandt werden, der sich der wohlberechtigten Forderung seiner Massenkonsumenten nicht verschliessen kann und ihnen das Recht zuerkennet, auch einmal eine Versammlung in seinem Lokale abhalten zu dürfen. Den Gipfel solcher Machenschaft aber erreicht ohne Zweifel der Ausspruch jenes Landrates einem Hausbesitzer gegenüber: dass, wenn er sein Grundstück an die Sozialdemokraten veräußere, er ihn in ganz Deutschland unmöglich machen werde. — Ein besonderes Bedürfnis an Lokalen liege hauptsächlich für Rawitsch vor, da dort von den Scharfmachern der Versuch gemacht wird, eine Streikbrecherkolonie zu gründen, um von hier im Falle von Streiks ganz Deutschland mit Ersatz versehen zu können. Zur Vereitelung solcher Pläne jedoch müsse in Zukunft der Parteivorstand etwas stärker engagiert werden, da er es bis jetzt überhaupt sehr gut verstanden hat, sich in dieser Beziehung eine ziemliche Reserve aufzulegen. Der Punkt 2 behandelte die Aufgaben der Gewerkschaftskarteile. Eine der wichtigsten derselben sei es, unter den am Ort befindlichen Berufen auf das lebhafteste zu agitieren, Zahlstellen zu gründen und bei den Wahlen zu den unteren Versicherungsbehörden Aufklärung zu verbreiten. Als ein leidiger Uebelstand wurde es bezeichnet, dass die Kartellfrage zumeist auch eine Personenfrage sei. Die Polizei der kleinen Orte speziell leistete sich so manches in Unterdrückung solcher Bestrebungen durch verhasste Masseregeln und andere derartige Mittel. Auch sei es nicht gerade von Vorteil für die Kartelle, dass deren Leiter zumeist schon in ihrer eigenen Gewerkschaft vorstehende Posten bekleiden, — in der Kleinstadt wenigstens trifft dies in den weitaus meisten Fällen zu — so dass diese nach vollbrachter Tagesarbeit auch noch doppelt mit Organisationsarbeit belastet sind und es nicht zu verwundern ist, wenn die Kartelle nicht immer in dem Umfange ihre Aufgaben erfüllen, als man es eigentlich von ihnen vorausgesetzt hatte. Es müsse daher auf immer grössere Selbständigmachung der Kartelle hingearbeitet werden, um für solche Posten unabhängige Personen zu bestellen, welche diesen Aufgaben ihre ganze Arbeitskraft ungeteilt widmen können. In bezug auf die Tendenz der Kartelle wurde von allen Rednern hervorgehoben, dass sich dieselben mehr der Neutralität bedienen sollten, um die gewerkschaftlichen Erfolge auf ein höheres Niveau zu bringen. Zu Punkt 3a wurden Feststellungen derart gemacht, dass man den Gewerkschaften Hirsch-Dunkerscher Richtung bisher zuviel Gewicht beimasse, wohingegen man die »Christlichen« mit ihrem Block von 4—500000 Mitgliedern, welche sich auf über 735 Orte Deutschlands erstrecken, viel zu wenig Beachtung schenkte. Eine wesentlich schlimmere Erscheinung jedoch haben wir in der Bildung der »gelben Gewerkschaften« und auch der »rechten Verbände« zu erblicken. Erstere, welche ihren Ursprung der Schweiz verdanken, suchen die

Arbeiterschaft lediglich damit zu ködern, indem sie ihnen mehr Selbständigkeit — durch Beileihung von Land, Vermögen u. dergl. mehr, vorgaukeln — und so bei ihnen das Interesse für Besitz wecken wollen. Auf diese Weise würde unser Unternehmertum in die Lage versetzt werden, ein rein willkürliches Regiment mit seinem Arbeiterbestande führen zu können; und welchen Anklang der »gelbe« Gedanke in den Scharfmacherkreisen Deutschlands gefunden hat, beweist der Umstand, dass in Berlin schon ein Blatt »Der Bund« zur Propagierung dieser »neuen Ideen« erscheint. In dem Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften, zu dem Zwiespalt mit denselben muss hervorgehoben werden, dass derselbe nur auf die Verschiedenartigkeit der bestehenden Weltanschauung zurückzuführen ist, und wir eine Aenderung in dieser Beziehung kaum zu erwarten haben, wenn wir es nicht verstehen, durch eine den Verhältnissen Rechnung tragende Behandlung die Massen für uns zu gewinnen. — Des weiteren wurde auch die Schaffung eines Adressenverzeichnisses der Gau- und Bezirksleiter beschlossen, um somit in die Lage versetzt zu sein, denselben gegebenenfalls Material alsbald zu übermitteln und an Orten, wo für uns die Versammlungsmöglichkeit ausgeschlossen, stets schnell einen Referenten von der Zentralstelle verlangen zu können, welche dann in gegnerischen Versammlungen für die Verbreitung unserer Ideen sorgen werden. — Bei Gelegenheit der Grenzstreitigkeiten kamen ganz unerquickliche Sachen zutage. Die alte Marotte: schon organisierte Arbeiter noch einmal für eine Gewerkschaft zu gewinnen — mitunter sogar mit dem Hinweis auf geringere Beiträge — ist immer noch ziemlich verbreitet, doch hat diese Tagung hoffentlich fruchtbringend auf das fernere Verhalten in dieser Beziehung gewirkt. Ebenso hat sich in Oberschlesien eine Spaltung der Radikalpolen mit den deutschen Sozialisten vollzogen, welche verschiedene Mängel der russischen Revolution sowie innere Parteizwistigkeiten und Fehler zu grunde haben soll. Ueber ein Faktieren mit den einzelnen gewerkschaftlichen Richtungen sind Festlegungen aus taktischen Erwägungen nicht gemacht worden und wird in dieser Beziehung stets von Fall zu Fall zu entscheiden sein. Unter »Verschiedenes« wurden nur einige interne Sachen erledigt. Die Tagung der Konferenz habe mindestens alljährlich, sonst aber nach Bedarf stattzufinden; dieser Beschluss wäre wohl noch des Hervorhebens wert. Ein einmaliger Beitrag von 15 Mk. pro Gauleiter musste zur Deckung der vorläufigen Unkosten erhoben werden, bis uns auf Zusage der Gen. Knoll — Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands — von dieser die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hierauf schloss dann die Konferenz, welche von fast 40 Personen besucht war, nach einer 12stündigen Dauer, was wohl ein etwas grosser Anspruch an die Nerven der Beteiligten gewesen ist und nicht wieder getan werden soll. — ff —

Halberstadt. Am Montag d. 25. Februar hielt in einer Versammlung graphischer Arbeiter im Gewerkschaftshause Kollege Ludwig Bartels aus Leipzig einen interessanten Vortrag mit dem Thema: Nationale und internationale Streifzüge durch das Wirtschaftsleben. Der Referent führte etwa folgendes aus: Vor einigen Jahren waren die Revisionisten der Meinung, dass sich die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer etwas ausgleichen würden; denn nach dem Gesetz hat doch jeder dasselbe Recht wie der andere; jedoch haben die letzten Jahre gezeigt, dass namentlich durch die vielen Aussperrungen sich die beiden Faktoren immer schroffer gegenüber stehen. Redner wies darauf hin, welche ungeheuren Werte die Arbeiter mit ihrer Arbeitskraft den Unternehmern erzeugen. Es wurden überall Aktiengesellschaften gegründet, die fast durchweg fetter Dividende einstreichen konnten. Obwohl sich die Arbeiter in dem letzten Jahrzehnt durch ihre Gewerkschaften höhere Löhne errangen, betrug 1900 der Jahresdurchschnittslohn nur 750 Mk. An einem drastischen Beispiel erklärte der Referent die Ursachen der Ueberfüllung des Weltmarktes und dann der darauffolgenden Krisis. Jetzt stehen wir in einer glänzenden Konjunktur, wie sie kaum jemals dagewesen ist. Durch die riesige Entwicklung der Gewerkschaften sind im Jahre 1905 73 Proz. Streiks und 10 Millionen Stunden Arbeitszeitverkürzung gewonnen worden. Die vielen Aussperrungen, durch den Industriellenverband in Szene gesetzt, haben den Unternehmern nicht den erhofften Erfolg gebracht, sonst wäre sicher auch die angekündigte grosse Metallarbeiteraussperrung perfekt geworden.

Ende der 80er Jahre hatten wir die ungeheure Auswanderung von Landarbeitern nach Amerika. Die Ursache war die, dass grosse Flächen Land, namentlich in Argentinien, verschenkt wurden, um sie urbar zu machen und Getreide anzubauen. Infolgedessen sanken die Getreidepreise. Aber schon nach einigen Jahren, als die Bevölkerung in den betr. Ländern grösser wurde und Deutschland ausserdem Getreidezölle einfuhrte, stieg auch der Preis des Getreides wieder, zu gleicher Zeit auch der der anderen Lebensmittel. Zwar sind auch die Arbeitslöhne gestiegen, aber in keinem Verhältnis zu der Teuerung. Weiter berührte der Redner den Gesetzesentwurf »Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine«. Wenn er auch vom alten Reichstag nicht mehr konnte durchberaten und angenommen wer-

den, der neue wird sicher daran arbeiten, den Gewerkschaften den Garau zu machen. Aber was wir im Interesse unserer wirtschaftlichen Existenz erhalten wollen, was wir als Gewerkschaft errungen haben, dann müssen wir uns auch als politisch organisieren, und zwar in der Sozialdemokratie.

In der Diskussion wurde von einem Buchbinder gefragt, wie sich der Referent zu einer graphischen Union stellt. Der Referent war der Meinung, dass erst müssten sich die Hilfsarbeiter besser organisieren, ihre Organisation ausbauen, um in die Lage zu kommen, höhere Beiträge leisten zu können, dann dürfen auch keine Tarifverträge von 5- oder 10jähriger Dauer abgeschlossen werden, sonst sind die betreffenden Gewerkschaften immer gehemmt irgend etwas zu unternehmen, oder sich ihren Mitarbeitern solidarisch zu erklären. Eine graphische Union ist notwendig, leider in nächster Zeit nicht möglich; aber entstehen wird sie.

Verschiedenes.

Seit dem 1. Januar 1907 ist ein »Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund« mit dem Sitz Dresden ins Leben getreten. Derselbe erblickt seine Aufgabe darin, unentgeltlichen Unterricht in seinem praktischen System unter der Arbeiterschaft zu erteilen. Weitere Anmeldungen sowie Anfragen von Arbeiter-Stenotachygraphen und -Vereinen sind in Systemschrift zu richten an: Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund Dresden-A., Volkshaus Ritzbergstrasse.

Eingänge.

Im Verlag von I. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Charles Fourier sein Leben und seine Theorien. Von A. Bebel. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalansteres. Dritte Auflage. Im nächsten Jahre — 1908 — werden es hundert Jahre, dass Fouriers erstes Werk, »La Théorie des Mouvements et des destinées générales« (Die Lehre von den vier Bewegungen und den allgemeinen Bestimmungen) erschien. Was Fouriers Gedankenansführungen Dauer verleiht und den Leser immer aufs neue anregt, ist die scharfe Kritik, die er an der bürgerlichen Gesellschaft und all ihren Erscheinungen übt, und die Ausblicke, die sein Scharfsinn für gar manche wichtige soziale Einrichtung in der Zukunft der Menschheit formuliert. Frappierend ist auch seine Voraussage über den Charakter, den in verschiedenen Phasen gewisse Einrichtungen und Erscheinungen der Gesellschaft aufzügen. So wenn er in der vierten Phase der Entwicklung der Zivilisation als Angelpunkt der Periode die industrielle Feudalität bezeichnet, und als ihr Gegengewicht die Monopolwirtschaft, und als Ton oder Stimmung der Periode Illusionen über Assoziationen voraussieht. Dies von ihm charakterisierten Merkmale treffen sämtlich auf die gegenwärtige Entwicklungsperiode zu. Auch zeugt es von einem ganz besonderen Scharfsinn, dass er die ganze Periode, die er die Zivilisation nennt, mit einem Feudalismus begrünnet lässt, was zu seiner Zeit schon historisch feststand, aber auch mit einem Feudalismus, dem industriellen Feudalismus, endigen lässt, für den zu seiner Zeit noch keine Spur vorhanden war. Was an entwicklungs-fähigen Gedanken im Fourierismus enthalten ist, hat der moderne wissenschaftliche Sozialismus in sich aufgenommen. Und das ist nicht wenig. Hier wird in Zukunft Leben erhalten, was bisher nur Theorie blieb.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschien soeben das bereits angekündigte Buch: Kurt Eisner, »Das Ende des Reichs«. Deutschland und Preussen im Zeitalter der grossen Revolution. Preis broschiert Mk. 4.—, gebunden Mk. 5.—. — Es ist wie eine Antwort auf die Wahlbotschaft des Fürsten Bülow, in der er mit und in der deutschen Sozialdemokratie nach der grossen französischen Revolution den Krieg erklärte. »Auf dem wildgewordenen Spiesbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er musste kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.« Gegenüber diesem Ammenmärchen eines kindisch gewordenen Philistertums zeigt das Buch die einfache geschichtliche Wahrheit, dass sowohl der phrasentrunkene Gleichmacher Robespierre, dass die französischen Volkshere wie der Degen Bonapartes kommen mussten, um die ganze preussisch-deutsche Herrlichkeit des absoluten Staates hinwegzuräumen. Robespierre wie Bonaparte haben Europa von der Schreckensherrschaft des Systems befreit, das heute in der preussisch-deutschen Reaktion und ihrem Wortführer, dem Fürsten Bülow, gespenstisch aus dem Grabe erstiegen ist. — Die Sozialdemokratie aber kämpft in Wahrheit noch in dieser Wahlbewegung für die Urrechte der französischen Revolution gegen den Absolutismus, und das Buch bringt deshalb eine Fülle von aktuellem Material zur Beleuchtung der historischen Verdienste des persönlichen Regiments und des Bülowschen Junkertums. — Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen und Kolporteurs sowie auch der Verlag entgegen.